



Ausschuß für Innere Verwaltung

56. Sitzung (nichtöffentlicher Teil)^{*)}

23. September 1999

Düsseldorf - Haus des Landtags

13.40 Uhr bis 14.40 Uhr

Vorsitz: Klaus Stallmann (CDU)

Stenographin: Heike Niemeyer

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Seite

2 Aktuelle Viertelstunde

- a) **Schreiben der Sozialministerin Merk aus Niedersachsen betreffend Fuat Akpınar** (beantragt von der CDU-Fraktion mit Schreiben vom 16.09.1999)

1

- Bericht des Innenministers

- b) **Interview des WDR mit Herrn Körsürembas in der Türkei** (telefonische Bitte der CDU-Fraktion vom gestrigen Tage um einen Bericht)

2

- Bericht eines Mitarbeiters des Innenministeriums

- Kurze Diskussion

^{*)} öffentlicher Teil TOP 1 s. APr 12/1356

3 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2000 (Haushaltsgesetz 2000)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 12/4200

Einzelplan 03 - Innenministerium

Vorlage 12/2854

Zuschriften 12/3140, 12/3187 und 12/3232

3

Keine Diskussion.

4 Gesetz zur Gleichstellung von Frauen und Männern für das Land Nordrhein-Westfalen und zur Änderung anderer Gesetze (Landesgleichstellungsgesetz - LGG)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 12/3959

Zuschriften: 12/3114 (Neudruck), 12/3167, 12/3176, 12/3180, 12/3182,
12/3183, 12/3184, 12/3185, 12/3194, 12/3195, 12/3197,
12/3200, 12/3203 und 12/3205

Abschließende Beratung und Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

4

Der Ausschuß vertagt die abschließende Beratung und Abstimmung auf den 21. Oktober.

5 Gesetz zur Änderung des Sportwettengesetzes

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 12/4076

- Festlegung des Beratungsverfahrens und erster Beratungsdurchgang

5

Der Ausschuß erklärt sich mit dem Verfahrensvorschlag des Vorsitzenden einverstanden, eine Abstimmung über die zu der vom mitberatenden Sportausschuß vorgeschlagenen Anhörung einzuladenden Sachverständigen und die Fragen sowie den Termin in Anwesenheit der Obleute aller beteiligten Ausschüsse am Rande des nächsten Plenums am Mittwoch der kommenden Woche durchzuführen.

6 Erstes Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Sicherung und Nutzung öffentlichen Archivgutes im Lande Nordrhein-Westfalen (Archivgesetz Nordrhein-Westfalen - ArchivG NW) vom 16. Mai 1989 (GV. NW. S. 302/SGV. NW. 221)

Gesetzentwurf
der Fraktion der CDU
Drucksache 12/4274

Vorlagen 12/2709 und 12/2844

6

Der Ausschuß verständigt sich einstimmig darauf, den Punkt in der nächsten Sitzung zusammen mit einer von der CDU-Fraktion bis dahin vorbereiteten EntschlieÙung abermals zu behandeln.

7 Konsequente Vorbeugung und Verfolgung von Korruption

Antrag der Fraktion der CDU

Drucksachen 12/3694 und 12/3948

Vorlagen 12/2649 und 12/2811

6

- Kurze Diskussion

Der Ausschuß lehnt den Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der CDU ab.

8 Entwurf einer Vierten Verordnung zur Änderung der Zweiten Berufsbildungs-Zuständigkeitsverordnung

Vorlage 12/2905

7

Der Ausschuß nimmt die Verordnung zustimmend zur Kenntnis.

9 Wirksamkeit von Polizeischutzwesten auch bei regennasser Witterung

7

- Bericht des Inspektors der Polizei

10 Ultimate Fighting

Vorlage 12/2861

9

Keine Diskussion.

11 Beförderung des ehemaligen Bundestagsabgeordneten Manfred Such 9

- Bericht eines Mitarbeiters des Innenministeriums
- Kontroverse Diskussion

12 Verschiedenes

**hier: Zweites Gesetz zur Modernisierung von Regierung und Verwaltung
in Nordrhein-Westfalen**

12

(Siehe Diskussionsteil)

Heinz Paus (CDU) hinterfragt noch einmal die hier aus der zur Begründung genutzten Hypothese: "Was wäre gewesen, wenn?" gezogene Schlußfolgerung, daß nämlich eine Beförderung von Herrn Such habe unbedingt erfolgen müssen. Im Gegenteil bezweifle er, daß Herr Such, wäre er bei der Polizei geblieben, angesichts der Schwierigkeiten in Soest, wo er seine eigenen Kollegen mit öffentlichen Aussprüchen wie, sie verstießen ständig gegen Recht und Gesetz, diffamiert habe, und der fast pausenlosen Abwesenheit vom Dienst beim RP Münster jemals die Besoldungsgruppe A 13 erreicht hätte, wäre er nicht in den Bundestag gewählt worden. Genau dieses Mißverhältnis löse den Unmut an der Basis aus.

Innenminister Dr. Fritz Behrens stellt fest, der Vorgang sei rechtlich in keiner Weise zu beanstanden und personalwirtschaftlich rite gelaufen, und zwar unter Beteiligung der Personalvertretungen, die dem nicht zugestimmt hätten, wäre es nicht in Ordnung gewesen. Der von der CDU so vielbeschworenen Stimmung in der Polizei tue es allerdings überhaupt nicht gut, würden einzelne Personalentscheidungen öffentlich im Plenum und im Ausschuß so diskutiert, wie dies hier geschehe.

12 Verschiedenes

hier: **Zweites Gesetz zur Modernisierung von Regierung und Verwaltung in Nordrhein-Westfalen**

Der **Vorsitzende** bittet die Fraktionen, für die noch für dieses Jahr geplante Anhörung zu dem o. g. Gesetzentwurf die von ihnen gewünschten Sachverständigen und Verbände zu benennen sowie einen Fragenkatalog einzureichen. Beides sollte möglichst in der nächsten Woche an den Ausschußassistenten gehen.

gez. Klaus Stallmann
Vorsitzender

07.10.1999/12.10.1999